

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

35. Jahrgang / 196

13. Oktober 1980

Karl Trabalski MdL, stellvertretender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau und Wohnungsbaupolitik der SPD, setzt sich für eine gerechtere Wohnungseigentumsförderung ein: Gesicherte finanzwirtschaftliche Grundlagen durch neue steuerliche Maßnahmen.
Seite 1-3

Helmut Rothmund MdL stellt die jüngsten Aktivitäten der bayerischen SPD vor: Strauß bleibt Gegner Nr. 1.
Seite 4

Gottfried Gurland stellt die Städtepartnerschaft Wuppertal-Kosice vor: Zwei Städte auf dem Weg zur Partnerschaft.
Seite 5-7

Buchbesprechung
Elfriede Hoffmann zu Christa Randzio-Plaths Buch "Laßt uns endlich mitregieren!": Frauen Mut machen.
Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

Gerechtere Wohnungseigentumsförderung

Gesicherte finanzwirtschaftliche Grundlagen durch neue steuerliche Maßnahmen

Von Karl Trabalski MdL

Stellvertretender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau und Wohnungsbaupolitik der SPD

Gegen die ungerechte Wirkung des Paragraphen 7b des Einkommensteuergesetzes (EStG), der den wirtschaftlich Stärksten die höchste staatliche Förderung einräumt und die einkommenschwächeren und größeren Familien benachteiligt, sind von sozialdemokratischer Seite genügend Argumente vorgebracht worden. In dieser Diskussion wird aber übersehen, daß der Paragraph 7b des Einkommensteuergesetzes allmählich für die Förderung des Wohnungseigentums an Gewicht verliert.

Inzwischen wird nämlich bei steigenden Baukosten die seit dem 9. Mai 1973 mögliche degressive Abschreibung nach Paragraph 7 Absatz 6 EStG günstiger als die 7b-Abschreibung. Dieser Effekt tritt bei Zweifamilienhäusern schon mit mehr als rund 285.000 DM Baukosten ein. Auch bei teureren Einfamilienhäusern mit mehr als 325.000 DM Baukosten kann der Vergleich zum Abgehen von der traditionellen Paragraph 7b-Abschreibung führen. Wenn die Besteuerungsgrundlagen nicht geändert werden, ist daraus mit wachsenden Steuerausfällen bei der Einkommensteuer zu rechnen.

Sprunghaft steigen auch die Steuerausfälle durch Zweifamilienhäuser. Im Gegensatz zum eigengenutzten Wohnraum in Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen, bei denen die Aufwendungen für die Ermittlung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung mit 1,4 Prozent des Einheitswertes pauschaliert und die Schuldzinsen nur bis zur Höhe des Nutzungswertes abgesetzt werden können, dürfen bei Zweifamilienhäusern über die Sonderabschreibungen nach Paragraph 7b EStG hinaus durch den Schuldzinsenabzug entstehende Verluste aus Vermietung und Verpachtung in der Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden. Wegen des relativ hohen Zinsniveaus



und bei steigenden Baukosten erweist sich die Zweifamilienhausregelung zunehmend als günstiger als die Paragraphen 7b-Begünstigung. Daher nimmt die Anzahl der jährlich errichteten Zweifamilienhäuser sprunghaft zu, zumal diese oft sehr kleinen Eigentumswohnungen nicht vermietet werden müssen. Diese "unechten" Zweifamilienhäuser würden verstärkt errichtet werden, wenn die Progressionswirkung des Paragraphen 7b abgeschafft würde, ohne zugleich die Zweifamilienhausbestimmungen des Steuerrechts zu ändern.

Wachsende Bedeutung bekommt der Paragraph 82a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV) mit dem zehnprozentigen Abschreibungssatz auf die Modernisierungskosten im Zusammenhang mit der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Diese Steuervergünstigung tritt zu den Vorteilen der Paragraphen 7b und 7 Absatz 5 EStG.

Wegen des Rückganges des Mietwohnungsbaus werden zusätzliche Steuervergünstigungen - Sicherung und Ausbau des Bauherrenmodells, Wiedereinführung des Paragraphen 7c EStG, Steuerbegünstigung für Kapitalanlagen im Mietwohnungsbau durch Neuauflage des Sozialpfandbriefes - gefordert. Zusammen mit dem Trend zur Zweitwohnung und zur vermieteten Eigentumswohnung beziehungsweise zum vermieteten Einfamilienhaus würde diese Entwicklung in Zukunft unkalkulierbare Steuerausfälle für die Länder und den Bund bewirken. Auch die Gemeinden, von denen gerade jetzt größere Anstrengungen zur Belebung des Wohnungsbaus abverlangt werden, wären durch die Steuerausfälle in ihrer Finanzkraft negativ betroffen.

Deshalb soll sich nach sozialdemokratischer Vorstellung die Wohnungseigentumsförderung in erster Linie auf das eigengenutzte Eigenheim und die eigengenutzte Eigentumswohnung richten.

Die Vorschläge bestehen aus mehreren Komponenten:

1. An die Stelle der bisherigen Abschreibungsvergünstigungen soll bei der eigengenutzten Wohnung ein Sonderabgabenabzug von der Steuerschuld treten, dessen Höhe mit der Personenzahl des Haushaltes und der im Zusammenhang mit dem Wohnungsneubau auftretenden Schuldsumme steigt. Bei einer Familie mit zwei Kindern und 175.000 DM Darlehenssumme ergibt sich ein jährlicher Betrag der Förderung von 3.325 DM
2. Dazu sollen Bauherren und Erwerber neuerrichteter eigengenutzter Eigenheime und Eigentumswohnungen einen Anspruch auf ein sozial gestaffeltes Aufwendungsdarlehen erhalten, sofern das Familieneinkommen die Einkommensgrenze des Paragraphen 25 II. WoBauG um nicht mehr als 40 Prozent überschreitet. Bei einer Familie mit zwei Kindern und einem Familieneinkommen von 2.960 DM würde dieses Aufwendungsdarlehen 462 DM pro Monat betragen. Das Aufwendungsdarlehen soll dem Grunde nach auf 12 Jahre, der Höhe nach auf jeweils vier Jahre bewilligt werden. Nach vier und acht Jahren soll nach einer Einkommensprüfung die Höhe des Aufwendungsdarlehens neu festgesetzt werden.
3. Die Bausparförderung soll familienfreundlicher dadurch ausgestaltet werden, daß
 - die Einkommensgrenze je Kind unter 18 Jahren von bisher 1.800 DM auf 6.300 DM,
 - der zusätzliche Prämiensatz von bisher zwei auf drei Prozent und
 - die Höchstsparsumme für jedes Kind unter 18 Jahren um 200 DM erhöht wird.



Bei der Familie mit zwei Kindern betrüge dann die maximale Bausparprämie 480 DM pro Jahr.

Daneben soll es bei der Gewährung von Familienzusatzekommen bleiben.

Einkommensschwächeren Familien soll darüber hinaus durch Eigenkapitalbeihilfen, die vor Baubeginn gezahlt werden, der Zugang zu einem höheren Bausparkassendarlehen erleichtert werden.

In diesem Zusammenhang wäre auch zu prüfen,

- ob die Nutzungswertbesteuerung der eigengenutzten Wohnung wegfallen kann. Dafür plädierte bereits 1973 die Steuerreformkommission,
- und ob die zehnjährige Grundsteuervergünstigung und die Grunderwerbsteuerbefreiung durch direkte Hilfen für sozialschwächere Familien ersetzt werden sollten.

Wir Sozialdemokraten gehen davon aus, daß für eine Reform der Wohnungseigentumsförderung in der neunten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages gute Chancen bestehen.

Alle im Bundestag vertretenen Parteien setzen sich für eine verstärkte Förderung des Wohnungseigentums ein. Eine solche Förderung kann wesentlich zur Stabilisierung der Beschäftigung der Bauwirtschaft beitragen.

Breite Schichten der Bevölkerung sind bereit, für die Verbesserung ihrer Wohnversorgung zusätzliche Einkommensteile einzusetzen. Die Bereitschaft wird zunehmen, wenn Aussicht auf Realisierung des Wohnungswunsches besteht. Einem sozialgerechten und familienorientierten System der Wohnungseigentumsförderung, wie wir Sozialdemokraten es anbieten, kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu.

Das gegenwärtige System mit Steuererleichterung entwickelt sich dagegen immer negativer, wenn es nicht geändert wird. Es führt zu schwer kalkulierbaren Steuerverzichten für Bund, Länder und Gemeinden. Daher muß die Wohnungseigentumsförderung auf gesicherte finanzwirtschaftliche Grundlagen gestellt werden. (~/13.10.1980/ks/va)

+ + +



Strauß bleibt Gegner Nr. 1

Bayerische SPD startet neue Sachoffensive

Von Dr. Helmut Rothemund MdL

Vorsitzender der SPD in Bayern und der SPD-Landtagsfraktion

Bayerns Sozialdemokraten "starten durch". Nach der Wahl gilt für sie die Devise: Keine Pause, sondern intensive Fortführung der Sacharbeit. Die bayerischen Sozialdemokraten werden weiterhin entschlossen die Inhalte und Ziele des demokratischen Sozialismus vertreten. Versuche des politischen Gegners, diesen Begriff mit negativen, historisch und faktisch falschen Vorzeichen zu versehen, werden durch offensive Darstellung und Vertretung demokratisch-sozialistischer Politik beantwortet.

Der Vorstand der bayerischen SPD hat auf seiner jüngsten Sitzung beschlossen, eine Kommission für die Neuformulierung eines SPD-Landesprogramms einzusetzen. Dieses Programm soll auf dem nächsten Landesparteitag am 16./17. Mai 1981 in Wolfratshausen verabschiedet werden. Der Vorstand gab der Kommission für ihre Arbeit einige grundsätzliche Feststellungen an die Hand:

- Die bayerische SPD ist die Partei der Freiheit im Freistaat. Dem von der CSU betriebenen Abbau der Liberalität ist mit größter Entschlossenheit zu begegnen.
- Die bayerische SPD ist die Partei der Arbeitnehmer. Sie wird weiterhin für eine menschlichere Gestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe und gegen eine Rationalisierung und Technisierung auf dem Rücken der Arbeitnehmer kämpfen.
- Die bayerische SPD ist die Partei der Jugend und der Zukunft. Neben der in Bayern vordringlichen Verbesserung von Schule und Ausbildung gilt es, die Jugend in ständigem Dialog auf die großen Probleme der Zukunft anzusprechen und für Lösungsmodelle zu begeistern. (Stichworte: Dritte Welt, Abkehr vom rein materiellen Wachstumsdenken, Abrüstung.)
- Die bayerische SPD verkörpert die bayerisch-demokratische Kultur. Die Freiheit des Geistes, des Wortes und der Kunst, die unter der CSU-Herrschaft zunehmend bedroht ist, muß in Bayern wieder - wie früher - einen hohen Stellenwert bekommen. Die SPD ist durch ihre Geschichte und ihr Programm der "Liberalitas Bayariae" besonders verpflichtet.

Der SPD-Landesvorstand wird auf einer Klausurtagung Anfang Dezember dieses Jahres Inhalte und Ziele bayerischer SPD-Politiker weiter vertiefen. Bereits beschlossen ist die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für die Reform des Bodenrechts und zur Lösung der Probleme des Wohnungsbaus. Befürwortet wurde vom Landesvorstand die Fortführung der Aktionen "Aufruf zur Phantasie" und "Minister zu Gast" sowie eine Intensivierung des Gesprächs mit den Kirchen. Die Aufbruchstimmung in der bayerischen SPD, von der die Sitzung des Landesvorstandes getragen war, soll durch eine breit angelegte Mitgliederwerbung in den Kreis der Freunde der bayerischen SPD hineingetragen werden.

Der CSU-Vorsitzende und gescheiterte Kanzlerkandidat Strauß bleibt weiter Hauptgegner der Sozialdemokraten. Der Verlierer Strauß sitzt zwar - wenngleich er dies immer noch nicht bemerkt - auf dem absteigenden Ast und ist bundespolitisch am verdienten Ende. In Bayern jedoch bleibt es die Aufgabe der SPD, Strauß noch mehr in die Schranken zu verweisen. Die SPD wird es Strauß weder erlauben, sich aus seiner Vergangenheit zu schleichen, noch, die Gegenwart und Zukunft Bayerns für die Befriedigung seiner persönlichen Macht- und Ruhmesbedürfnisse zu mißbrauchen. (-/13.10.1980/ks/va)

+ + +



Wuppertal - Košice (ČSSR)

Zwei Städte auf dem Weg zur Partnerschaft

Von Gottfried Curland

Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal

Als erste Großstadt in der Bundesrepublik Deutschland hat Wuppertal partnerschaftliche Beziehungen zu einer tschechoslowakischen Stadt aufgenommen. Ein entsprechendes "Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen den Städten Wuppertal und Košice" ist am 22. Mai 1980 in einer Sondersitzung des Rates der Stadt im Wuppertaler Rathaus von den Repräsentanten beider Partner unterzeichnet worden.

In Anwesenheit des Botschafters der ČSSR in der Bundesrepublik, Jiří Götze, und einer fünfköpfigen Delegation aus dem ostslowakischen Kultur- und Wirtschaftszentrum Košice unter Leitung des Vorsitzenden des Städtischen Nationalausschusses, Ingenieur Ján Veles, würdigten die Sprecher der drei im Rat vertretenen Fraktionen von SPD, CDU und FDP aus jeweils ihrer Sicht das, wie ich meine, für Partnerschaften dieser Art wegweisende Dokument.

Mit der Unterzeichnung des Abkommens wollen beide Seiten "dem besseren gegenseitigen Verstehen, der beiderseitigen Bereicherung in den einzelnen Lebensbereichen der Bürger unserer Städte dienen", wie es mein slowakischer Amtskollege Ján Veles bei seiner Ansprache im Wuppertaler Rathaus treffend formulierte, und darüber hinaus ihren Beitrag zur gedeihlichen Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR leisten.

Das Abkommen - es wurde vor der feierlichen Unterzeichnung jeweils einstimmig vom Rat der Stadt Wuppertal und dem Städtischen Nationalausschuß in Košice verabschiedet - besteht aus einer Präambel und insgesamt fünf Artikeln.

In der Präambel bekräftigen beide Seiten ihren "aufrichtigen Wunsch", im Geiste der Beschlüsse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von Helsinki und des "fortschreitenden Prozesses der Vertiefung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der von der im Jahre 1978 verabschiedeten Gemeinsamen Erklärung... ausgeht" und "geleitet von dem gemeinsamen Ziel, einen Beitrag für die Festigung des Weltfriedens, der Freundschaft und Verständigung zwischen den Völkern zu leisten" die "Verbindungen zwischen der Stadt Wuppertal und Košice zu entwickeln und somit zur weiteren Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik beizutragen."

Artikel 1, Abs. 1, sieht vor, daß die Vertragspartner "gegenseitig Erfahrungen, Erkenntnisse, schriftliches Material, Publikationen und gegebenenfalls Ausstellungen" austauschen. In diesem Zusammenhang werden folgende Bereiche genannt:

- a) Verwaltung und Aufbau der Stadt,
- b) Städtischer Verkehr,
- c) Entwicklung der Dienstleistungen für die Bevölkerung,
- d) Gestaltung und Schutz der Umwelt,
- e) Soziale Sicherung, Bildungs- und Gesundheitsfürsorge der Bevölkerung,
- f) Kultur, Erholung und Sport.

Daß beide Partner über den begrüßenswerten Erfahrungsaustausch zwischen den Rathäusern hinaus auch ausdrücklich die Bürger von Wuppertal und Košice in die Partnerschaft ein-



beziehen, geht aus Artikel 1 unmißverständlich hervor:

"Beide Seiten werden Sport- und kulturelle Gruppen austauschen, und sie werden sich bemühen, den Austausch ihrer Bürger sowie Begegnungen weiterer Bevölkerungsgruppen zu unterstützen."

Artikel 1, Absatz 3 regelt den "gegenseitigen Austausch von Fachleuten der zuständigen Institutionen" und den "bilateralen Erfahrungsaustausch, Konsultationen und Studien der Arbeitsmethoden der in den Absätzen 1 und 2 dieses Artikels angeführten Problematik".

In Artikel 1, Absatz 4 verpflichten sich beide Seiten, "die gegenseitige Information der Bürger ihrer Stadt über die Erfolge in jenen Bereichen, die Gegenstand dieses Abkommens sind", zu unterstützen.

In Artikel 2 wird festgestellt, daß dieses Abkommen die Grundlage für die Zusammenarbeit, den gegenseitigen Arbeitskontakt und den Erfahrungsaustausch bildet (Absatz 1), und daß die Bestimmungen der einzelnen Artikel "im Bedarfsfall" ergänzt oder geändert werden können (Absatz 2).

Artikel 3, Absatz 1 bis 3 enthält Bestimmungen über das noch abzuschließende Durchführungsprotokoll, das jeweils für einen Zeitraum von zwei Jahren gelten soll. Beide Seiten legen fest, mindestens zwei Monate im voraus Briefe "über die Ausführung konkreter Maßnahmen, das bilaterale Wirken und den Inhalt des Durchführungsprotokolls" auszutauschen. Vor der Unterzeichnung des neuen Durchführungsprotokolls "diskutieren beide Seiten auf Arbeitstreffen, die in zweijährigen Abständen in Wuppertal und Košice stattfinden, die Erfüllung des Durchführungsprotokolls für den vorangegangenen Zeitabschnitt".

Nach Artikel 4 werden die im Durchführungsprotokoll angeführten Vorhaben "auf eigene Kosten der entsendenden oder empfangenden Seite auf der Grundlage der Reziprosität, und zwar immer mit Zustimmung der zuständigen Organe der beiden Seiten, abgewickelt."

Artikel 5 schließlich legt fest, daß die Vereinbarung "für unbestimmte Zeit" geschlossen wird und nur schriftlich mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden kann.

Soweit der Inhalt des Abkommens, das nun von beiden Seiten mit Leben erfüllt werden soll. Ich bin im Hinblick auf den guten Willen der politisch Verantwortlichen sowohl in unserer Stadt als auch in Košice sehr zuversichtlich!

Bevor mein Kollege Veles und ich unsere Unterschriften unter das gemeinsame Dokument setzten, erinnerten wir - natürlich ohne vorherige Absprache - in unseren Ansprachen daran, daß vor 35 Jahren der von Hitler entfesselte Zweite Weltkrieg zuende gegangen ist, der über die Völker, und nicht zuletzt auch über unsere beiden Nationen so viel Leid und Elend gebracht hat.

Gleichzeitig stimmten jedoch Kollege Veles und ich - wie übrigens auch die Sprecher aller drei Wuppertaler Ratsfraktionen - darin überein, daß es nun darauf ankommt, die Lehren aus der schmerzlichen Vergangenheit zu ziehen und gemeinsam ein gutnachbarliches, partnerschaftliches Verhältnis anzustreben.

Angesichts der unterschiedlichen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung in unseren beiden Ländern erscheint es mir wichtig, daß wir Brücken bauen - von Land zu Land, von Stadt zu Stadt, von Mensch zu Mensch.

Ich bin davon überzeugt, - und die Gespräche mit unseren Partnern in Košice haben mich darin bestärkt - daß die Zusammenarbeit von Städten aus Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, unterschiedlichen Kulturen und Traditionen zum besseren beiderseitigen Verständnis beiträgt. Das ist kein weltfremdes Wunschdenken, sondern die Summe der Erfahrungen aus den Beratungen mit den Vertretern von Košice über unser Abkommen. Ich will in diesem Zusammenhang keineswegs verschweigen, daß wir in den intensiven



Gesprächen mit unseren Partnern über den Inhalt des Entwurfs der Partnerschaftsvereinbarung teilweise hart gerungen haben.

Dabei ging es im wesentlichen um die Möglichkeiten eines breiten, großzügigen Austausches von Bürgern und Gruppen. Ungeachtet der in dieser und jener Frage vertretenen unterschiedlichen Positionen fanden alle geführten Gespräche in einer konstruktiven Atmosphäre statt. Denn beide Seiten waren von Anfang an bereit, noch vorhandene Barrieren zu überwinden und sich bei der Fixierung des Abkommens so weit wie möglich entgegenzukommen.

Außenpolitik ist nicht Sache der Kommunen, sondern der Regierungen. Mir ist jedoch bei den Begegnungen mit unseren slowakischen Partnern klar geworden, daß die Entspannungspolitik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Staaten und insbesondere der CSSR erst die Voraussetzungen für die Aufnahme partnerschaftlicher Beziehungen geschaffen hat.

Ich darf daran erinnern, daß die Idee dieser jetzt vertraglich besiegelten Zusammenarbeit mit Košice bei einem Besuch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und seinem Prager Amtskollegen Bohuslav Chnoupek am 23. Februar 1978 in Wuppertal "geboren" wurde.

Damals, vor nunmehr dreieinhalb Jahren, regte Minister Chnoupek eine Partnerschaft zwischen Wuppertal und einer Stadt in der CSSR an. Nachdem die Stadt Wuppertal grundsätzlich ihre Bereitschaft hierzu bekundet hatte, fiel von Seiten der tschechoslowakischen Regierung die Wahl auf Košice, die mit 200.000 Einwohnern zweitgrößte Stadt der slowakischen Teilrepublik.

Auf Einladung des Städtischen Nationalausschusses in Košice reiste am 20. August 1979 eine Delegation der Stadt Wuppertal unter meiner Leitung in die Slowakei, um Gespräche über eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aufzunehmen. Als unsere Gruppe - ihr gehörten meine beiden Stellvertreter, die Mitglieder der CDU beziehungsweise FDP sind, sowie je zwei Vertreter der Fraktionen von SPD und CDU, ein Mitglied der FDP-Fraktion sowie der Oberstadtdirektor und der Leiter des Presse- und Informationsamtes an - nach viertägigem Aufenthalt abreiste, konnten wir neben einem gemeinsamen Kommuniqué auch den Entwurf einer Partnerschaftsurkunde mit nach Hause nehmen.

"Grünens Licht" auf dem Weg von und nach Košice. Bleibt zu wünschen, daß weitere Städte in der Bundesrepublik sich um Partnerschaften mit der CSSR bemühen.

(- / 13.10.1980/hl/ca)

+ + +



Buchbesprechung

Frauen Mut machen

Christa Randzio-Plath, "Laßt uns endlich mitregieren!", Herderbücherei, Band 816, DM 6,90,

Christa Randzio-Plaths, Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, Buch ist keineswegs als das bekannte Lied an der Klagemauer der männlichen Politiker zu verstehen. Im Gegenteil, die Autorin ruft die Frauen auf zu mehr "Mut zur Macht". An ausgewählten politischen Lebensläufen von Frauen werden deren Leistungen verdeutlicht, um anderen Frauen Mut zu machen und Wege in die Politik aufzuzeigen.

Den Parteien, auch der eigenen, wird unnachgiebig der Spiegel vorgehalten, wenn es um Kandidatenaufstellungen geht: "Wenn Parteien Frauen aufstellen, denken sie vor allem an Kosmetik. Die Frau ziert ganz ungemein, sie gibt dem Wahlkampf den Hauch von Weiblichkeit; der heute notwendig ist, damit Frauen "Parteien nicht zu negativ beurteilen."

Christa Randzio-Plath spricht dies aus eigenem "Erleiden", denn sie selbst führte in Hamburg den sogenannten "Frauenblock" auf der Landesliste der SPD an, der sich mit wenig aussichtreichen Plätzen zufriedengeben und den gewichtigen männlichen Hamburger SPD-Politikern den Vortritt lassen mußte.

Die Autorin räumt auf mit den immer noch verbreiteten Vorurteilen, daß weibliche Kandidaten von Frauen nicht gewählt werden. "Frauen wählen Frauen" behauptet sie und beweist dies damit, daß bei der CDU rund 59 Prozent der Wahlkreiskandidatinnen ein höheres Stimmenergebnis als das durchschnittliche erzielt haben. Bei der SPD hatten 1976 sogar zehn von elf Direktkandidatinnen mehr Erst- als Zweitstimmen.

Quer durch die Parteien, Bundes-, Länder- und Kommunalparlamente schildert die Autorin die politischen Lebensläufe und Schwierigkeiten von Frauen bei ihrer politischen Karriere.

Die Beurteilung der Funktionen der Frauen in den Parteien reicht vom "Wasserträger einer Männerpartei" (CSU), "Die Suche nach Glück" (CDU), "Marktlücke der Liberalen" (FDP) bis "Die bessere Hälfte" (SPD).

Resümee des interessanten, flott geschriebenen Buches: Die Parteien müssen sich den Frauen stärker öffnen, in ihren Strukturen und Organisationsformen wandeln und den Bedürfnissen der Frauen anpassen. Dazu gehören Frauenförderpläne, damit die Mehrheit der Bevölkerung bei der Verteilung der Macht nicht draußen vor bleibt. Ämterhäufung, Besitzstandswahrung, Arbeits- und Umgangsformen in den Parteien müssen abgebaut und verändert werden.

Ein interessantes Schlußthema für dieses Buch, dessen Aktualität besonders in der Zeit von Koalitionsgesprächen, Regierungsbildung, Um- und Neubesetzung von wichtigen Positionen hochinteressant ist.

Eilfriede Hoffmann
(-/13.10.1980/ks/ca)

+ + +

